

Vorlage Nr. V-S 12/2022		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion vom 19.05.2022: Schuldnerberatung in Bremerhaven

Im Land Bremen leben so viele überschuldete Menschen, wie nirgends sonst in Deutschland. Das geht aus dem aktuellen Schuldner-Atlas der Creditreform hervor. Zwar sank die Überschuldungsquote um einen Prozentpunkt von rund 14 Prozent auf rund 13 Prozent, doch auch damit steht Bremen im Ländervergleich am schlechtesten da.

In Bremerhaven sind dem Schuldner-Atlas zufolge rund 20 Prozent der Menschen verschuldet – damit ist Bremerhaven die am stärksten überschuldete Stadt Deutschlands. In Bremerhaven-Lehe sind sogar rund 37 Prozent überschuldet. 18.700 Einwohner in Bremerhaven können ihre Zahlungen nicht mehr tätigen.

Arbeitslosigkeit gilt als Überschuldungsauslöser Nummer 1, gefolgt von Erkrankung/Sucht/Unfall und unwirtschaftlicher Haushaltsführung. In Zeiten von Krisen, Preissteigerungen und wirtschaftlichen Niederschlägen treffen ein großer Teil der Bevölkerung negative finanzielle Folgen. In Bremerhaven hängen über 20.000 Bedarfsgemeinschaften vom Sozialgesetzbuch ab und können teilweise ihre finanziellen Engpässe nicht selbständig regeln. Hauptsächlich sind dabei die Preissteigerungen des täglichen Bedarfs, Energiekosten, aber auch Telefonkosten zu nennen, die zu finanziellen Engpässen führen.

Für ausländische Mitbürger ist es oft nicht nachzuvollziehen, dass Beratungsleistungen in der Bundesrepublik kostenlos zur Verfügung stehen. Auch die Schwellenangst eine Beratungsstelle zu betreten ist oftmals mit Hürden verbunden.

Die Schuldnerberatung erreicht derzeit nur einen Bruchteil der laut Schuldneratlas von Creditreform überschuldeten 18.700 Personen in Bremerhaven. Ein wichtiges Ziel ist es daher, so viele überschuldete Menschen wie möglich zu erreichen, um diese auf das Hilfs- und Beratungsangebot hinzuweisen.

Der Magistrat wird aufgefordert dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung bis zur Sitzung am 12.09.2022 einem Bericht vorzulegen, indem

- dargestellt wird, wie sich die sich die Überschuldung privater Verbraucher in Bremerhaven entwickelt hat.
- der den Stand der Finanzierung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in Bremerhaven zum Inhalt hat.

- alle Stellen der Schuldnerberatungsstellen aufgeführt sind, dabei sind qualitative Merkmale und Leistungen darzustellen.
- dargestellt wird, wie die präventive Schuldnerberatung gemeinsam mit deren Trägern qualitativ und quantitativ weiterentwickelt werden kann.
- dargestellt wird, ob und wie eine angemessene Erweiterung des Zugangs zu kostenfreier Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung erfolgen kann.
- aufgeführt wird, wie die Präventionsarbeit zur Vermeidung von Überschuldung weiter gestärkt werden kann, insbesondere sind
 - die Beratungsleistungen für ausländische Mitbürger zu erhöhen.
 - die Beratungsleistungen für Kinder- und Jugendliche in Schulen deutlich zu stärken
- die Möglichkeiten eines bedarfsgerechten Ausbaus des Beratungsangebotes beschrieben werden.

Dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung ist jährlich ein Sachbericht vorzulegen, indem Entwicklungen in der Nachfrage und den Beratungsschwerpunkten verdeutlicht werden.

Fatih Kurutlu
SPD-Fraktion

Thomas Ventzke
CDU-Fraktion

Bernd Freemann
FDP-Fraktion